



Ergebnis der 1. Lesung im Regierungsrat vom 2.2.2010

Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EG ELG) vom 8. Mai 2008 (BGS 841.7) - Anpassung an die Neuordnung der Pflegefinanzierung des Bundes

Bericht und Antrag des Regierungsrates
vom 2. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen Bericht und Antrag für eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EG ELG) zur Anpassung an die Neuordnung der Pflegefinanzierung des Bundes, welche per 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt wird.

Unseren Bericht gliedern wir wie folgt:

1. In Kürze
2. Ausgangslage
3. Situation ohne Änderung des EG ELG
4. Notwendige Änderung des EG ELG
5. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen
6. Durch den Regierungsrat beabsichtigte Kostenbegrenzungen
7. Vorbehalt neuer Zahlen
8. Personelle und finanzielle Auswirkungen
9. Ergebnisse der Vernehmlassung
10. Antrag

1. In Kürze

Der Kanton regelt als Folge der von den eidg. Räten beschlossenen Neuordnung der Pflegefinanzierung die Anspruchsberechnung bei in Heimen oder Spitälern lebenden Personen neu. Dabei werden die Leitlinien für das Pflege-Einstufungs-System und die Abfederung des Selbstbehalts neu definiert.

Am 13. Juni 2008 beschlossen National- und Ständerat eine Neuordnung der Pflegefinanzierung, welche mit dem Ziel, die Kosten im Bereich der Langzeitpflege in den Griff zu bekommen, das System zur Kostendeckung bei Langzeitpflege erheblich umgestaltet. Wesentliche Bestandteile sind dabei, dass krankenversicherten Personen ein nach oben begrenzter zusätzlicher Selbstbehalt an den Pflegekosten überbunden wird und gleichzeitig infolge eines Heim- oder Spitalaufenthaltes in der Regel keine Sozialhilfe-Abhängigkeit begründet werden darf.

Auswirkungen auf die Ergänzungsleistungen

Gestützt auf die anwendbaren und entsprechend revidierten bundesrätlichen Verordnungen beträgt der neu vorgesehene Selbstbehalt Fr. 21.60 pro Tag. Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV und IV können diesen Betrag nicht selbst tragen. Er ist des-

halb als Ausgabe in die Berechnung der Ergänzungsleistungen einzubeziehen. Da das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EG ELG) für in Heimen oder Spitälern lebende Personen (Heimbewohnerinnen und -bewohner) die anerkannten Tagestaxen in der Höhe beschränkt, können die Ausgaben von Ergänzungsleistungsbezügerinnen und -bezügern nach Einbezug des neuen Selbstbehaltes in vielen Fällen durch die EL nicht mehr gedeckt werden. Um Sozialhilfe-Abhängigkeit zu vermeiden, muss daher aufgrund der neuen bundesgesetzlichen Vorgabe die Kostenbegrenzung der anerkannten Tagestaxen angehoben werden, was eine Anpassung des EG ELG notwendig macht.

Anpassungsbedarf per 1.1.2011

Der Bundesrat setzt die neue Pflegefinanzierung auf den 1. Januar 2011 in Kraft. Die notwendigen bundesrechtlichen Verordnungen sind bekannt. Der Kanton Zug hat nun seine Gesetzgebung der neuen bundesrechtlichen Vorschrift anzupassen. Dies bedeutet in erster Linie, dass das EG ELG im erwähnten Bereich an die bundesrechtlichen Vorgaben angepasst werden muss. Zusätzlicher Revisionsbedarf besteht nicht, hat sich doch die Durchführung des erst auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzten neuen EG ELG durchwegs und bestens bewährt.

2. Ausgangslage

Im Rahmen des Erlasses des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG, SR 832.20), welches auf den 1. Januar 1996 in Kraft getreten ist, fanden im Bereich der Pflege wesentliche Leistungsausweitungen statt. Um die finanzielle Entwicklung besser in den Griff zu bekommen, hat der Bundesrat im Jahre 2004 entschieden, die Pflegefinanzierung neu zu ordnen. Dazu erging am 16. Februar 2005 die entsprechende Botschaft an das Parlament (BBl 2005 2033).

Die vom Parlament erheblich umgestaltete Vorlage enthält im Wesentlichen zwei Punkte, welche zu der hier beantragten Gesetzesänderung Anlass geben. Gemäss dem neuen Art. 25a KVG dürfen der versicherten Person von den nicht von Sozialversicherungen gedeckten Pflegekosten höchstens 20 % des höchsten vom Bundesrat festgesetzten Pflegebeitrages überwältzt werden. Die Kantone regeln die Restfinanzierung. Gemäss dem revidierten Art. 10 Abs. 2 lit. a des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG, SR 831.30) darf zudem durch den Aufenthalt in einem anerkannten Pflegeheim in der Regel keine Sozialhilfe-Abhängigkeit entstehen.

Mit Schlussabstimmung vom 13. Juni 2008 haben sowohl der National- als auch der Ständerat dem Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung (AS 2009 3517) zugestimmt. Es tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Bis zu diesem Datum haben die Kantone ihre Gesetzgebungen an das neue Bundesrecht anzupassen.

Am 8. Mai 2008 beschloss der Kantonsrat des Kantons Zug das neue Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EG ELG, BGS 841.7), welches im Zuge der umfassenden Revision des ELG notwendig wurde. Ein wichtiger, die Kantone betreffender Punkt war damals die Neuaufteilung der Finanzierung der Ergänzungsleistungen, welche durch die Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) notwendig wurde.

Das EG ELG hat sich seit der rückwirkenden Inkraftsetzung per 1. Januar 2008 bewährt, weshalb daran festgehalten werden soll. Vorliegend geht es daher lediglich um eine Anpassung an die vom Bund vorgegebene Neuordnung der Pflegefinanzierung. Die gemäss neuem Art. 25a

Abs. 5 KVG mögliche Überwälzung von höchstens 20 % des höchsten vom Bundesrat festgesetzten Pflegebeitrages, welcher gemäss der revidierten Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV, SR 832.112.31) Fr. 21.60 betragen wird, kann von Anspruchsberechtigten der Ergänzungsleistungen nicht selbst getragen werden. Sie sind künftig in die anerkannten Ausgaben der EL-Ansprecherinnen und -Ansprecher einzubeziehen. Dies hat so zu geschehen, dass die anrechenbaren Heimkosten gemäss Art. 10 Abs. 2 lit. a ELG auf eine Weise begrenzt werden, dass trotz zusätzlich zu tragenden Pflegekosten keine EL-berechtigten Personen in Sozialhilfe-Abhängigkeit geraten.

Mit der Anpassung des EG ELG soll also lediglich den neuen bundesrechtlichen Vorschriften Genüge getan werden. Eine darüber hinausgehende Anpassung des EG ELG ist nicht nötig.

3. Situation ohne Änderung des EG ELG

Gemäss KLV (Änderung vom 24. Juni 2009, in Kraft ab 1. Januar 2011) beträgt der höchste vom Bundesrat festgesetzte Pflegebeitrag pro Tag 108 Franken. Dies ergibt einen höchsten Selbstbehalt gemäss Art. 25a Abs. 5 KVG von Fr. 21.60 pro Tag.

Die Kostenbegrenzung für die anrechenbare Tagestaxe gemäss Art. 10 Abs. 2 lit. a ELG beträgt gemäss § 2 Abs. 1 EG ELG zur Zeit für alle Stufen des derzeit angewandten Pflege-Einstufungs-Systems BESA (BESA-Stufen) 141 Franken. Gestützt auf § 7 Abs. 2 EG ELG beträgt die Kostenbegrenzung für die BESA-Stufen 3 und 4 im Rahmen der kantonalen EL 192 Franken. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass nur schweizerische Staatsangehörige oder Angehörige von EU- und EFTA-Staaten mit Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt im Kanton Zug von der höheren Kostenbegrenzung profitieren können.

Die von einer Person selbst zu tragenden Kosten in einem Pflegeheim setzen sich heute zusammen aus der Pensionstaxe (Hotellerie) und der Betreuungstaxe (Anteil der betreuenden Leistungen, die nicht KVG-pflichtig sind). Neu muss zusätzlich der Eigenbeitrag an den Pflegekosten von Fr. 21.60 berücksichtigt werden. Errechnet man nun die mutmasslichen von den Betroffenen selbst zu tragenden Kosten eines Pflegeheimaufenthaltes anhand der vom Regierungsrat am 22. Dezember 2009 genehmigten Rahmentarife für Institutionen der Langzeitpflege für das Jahr 2010, so ergeben sich nach Anrechnung des neuen Eigenbeitrages an die Pflegekosten für die heutigen BESA-Stufen mit der heutigen Regelung folgende Kosten, welche nicht von der Krankenkasse und der Gemeinde gedeckt werden:

<u>Pensionstaxe</u>	<u>Tageskosten</u>
1-Bettzimmer Spezialstandard	Fr. 148.00 (Einerzimmer mit Dusche, Breiten, Oberägeri)
1-Bettzimmer Standard	Fr. 130.00 (Lindenpark Hünenberg, Herti Zug)
 <u>Betreuungstaxe</u>	
BESA 1	Fr. 6.00
BESA 2	Fr. 14.00
BESA 3	Fr. 25.00
BESA 4	Fr. 38.00
 <u>Pflegeanteil</u>	
selbst zu tragen nach Art. 25a Abs. 5 KVG	Fr. 21.60 (bundesgesetzlich zugelassener Maximalbetrag)

Die von der Heimbewohnerin bzw. dem Heimbewohner zu tragenden Kosten würden sich somit bei Aufenthalt in einem Einbettzimmer mit Spezialstandard auf Fr. 175.60 (BESA 1), Fr. 183.60 (BESA 2), Fr. 194.60 (BESA 3) und Fr. 207.60 (BESA 4) belaufen. Müssten die Tagestaxen für den Heimaufenthalt durch die EL beglichen werden, würde die Kostenbegrenzung gemäss heutigem § 2 Abs. 1 EG ELG also nicht ausreichen. Es rechtfertigt sich hier aber immerhin, bei einem EL-Anspruch von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern zu verlangen, lediglich ein Zimmer in der Standardausführung zu bewohnen.

Rechnet man nun aber die selbst zu tragenden Kosten bei einem Standardzimmer, so würde die heutige Kostenbegrenzung bei Anspruchsberechtigten der kantonalen EL zwar für Personen mit BESA-Stufen 3 oder 4 ausreichen, für alle anderen Personen jedoch trotzdem nicht.

Nach der heutigen gesetzlichen Regelung müsste in einem solchen Fall entweder um Sozialhilfe nachgefragt werden oder die zuständige Gemeinde würde einen höheren Gemeindebeitrag leisten müssen. Da aber gemäss dem neuen Art. 10 Abs. 2 lit. a ELG in der Regel keine Sozialhilfe-Abhängigkeit begründet werden darf, sind die Kostenbegrenzungen anzuheben, damit die Fehlbeträge durch die EL und nicht durch die Sozialhilfe gedeckt werden können.

Da die höhere Kostenbegrenzung für die BESA-Stufen 3 und 4 lediglich Staatsangehörigen der Schweiz sowie Angehörigen von EU- oder EFTA-Staaten gemäss § 6 EG ELG zugutekommt, kann das Ziel, Sozialhilfe-Abhängigkeit zu vermeiden nicht für alle EL-Bezügerinnen und -Bezüger gleichermassen erreicht werden. Es ist zu erwarten, dass künftig auch Staatsangehörige anderer Staaten in die Pflegeheime aufgenommen werden müssen. In der künftigen Regelung ist deshalb auf die Unterscheidung zwischen bundesrechtlicher und kantonaler EL bezüglich der Kostenbegrenzung zu verzichten. Die Kostenbegrenzung ist ganzheitlich in § 2 Abs. 1 EG ELG zu definieren. § 7 Abs. 2 EG ELG muss deshalb gestrichen werden.

4. Notwendige Änderung des EG ELG

Die Heimtaxen verändern sich jährlich. Tendenziell steigen sie an. Anpassungen von § 2 Abs. 1 EG ELG können deshalb notwendig werden. Würden diese Anpassungen nicht durchgeführt, bestünde bei Anstieg der Heimtaxen das Risiko, dass einer Heimbewohnerin bzw. einem Heimbewohner die selbst zu tragenden Heimkosten nicht mehr vollständig über die EL bezahlt werden können. Sie/er würde in die Sozialhilfe-Abhängigkeit geraten. Die Sozialhilfe-Abhängigkeit würde sich in einem solchen Fall aus der mangelhaften Höhe der EL begründen, womit sie strukturell bedingt wäre und von einem Ausnahmefall kaum mehr gesprochen werden könnte. Der neue Art. 10 Abs. 2 lit. a ELG würde verletzt.

Das künftig für die Berechnung der Betreuungskosten massgebende Pflege-Einstufungs-System ist heute noch nicht bekannt. Beabsichtigt ist, dass ein zwölfstufiges System eingeführt wird, welches das heutige BESA-System ersetzen soll. Damit wird eine feingliedrigere Abstufung der Betreuungskosten möglich. Allerdings ist noch nicht bekannt, wie das System ausgestaltet sein wird. Es ist zu erwarten, dass bei einem zwölfstufigen System die Durchlässigkeit grösser ist als beim heutigen vierstufigen System. Es kann sich deshalb rechtfertigen, mehrere Abstufungen für die Festsetzung des Kostendaches gemäss § 2 EG ELG zusammenzunehmen. Der Anstieg der Heimkosten selbst kann durch die Festlegung der Kostenbegrenzungen in Prozenten des allgemeinen Lebensbedarfs nach Art. 10 Abs. 1 lit. a Ziff. 1 ELG in einem gewissen Mass aufgefangen werden, weil dieser Lebensbedarf alle zwei Jahre dem aus Lohn- und Preisindex gebildeten sogenannten Rentenindex angepasst wird.

Nachdem die Struktur des Pflege-Einstufungs-Systems (Anzahl Abstufungen, Höhe der Betreuungskosten, Verlauf) heute noch nicht definitiv bekannt ist, kann das System nicht im Gesetz vorgesehen werden. Ausserdem sollen die einzelnen Kostenbegrenzungen angepasst an die jeweilige Einstufung unterschiedlich hoch ausfallen. Da für die Festsetzung dieser Faktoren auch künftig eine gewisse Flexibilität erforderlich sein wird, muss der Regierungsrat sowohl über die Festsetzung des geltenden Pflege-Einstufungs-Systems als auch über die Höhe der einzelnen Ansätze im Rahmen einer im Gesetz vorgesehenen Rahmenkompetenz von 320 % bis 380 % des für den allgemeinen Lebensbedarf bei Alleinstehenden gemäss Art. 10 Abs. 1 lit. a Ziff. 1 ELG geltenden Betrages entscheiden können.

Der Regierungsrat hat damit auch die Möglichkeit, nach Änderung des Pflege-Einstufungs-Systems anhand der Abstufungen einzelne Stufen zusammenzufassen und deren Prozentsätze festzulegen. Er hat sich dabei an die im Gesetz vorgesehenen Rahmenwerte zu halten, welche sich an den bisherigen Prozentzahlen orientieren, aber den neuen Selbstbehalt für die Pflegekosten berücksichtigen.

Eine Anpassung - zeitlich koordiniert - im Rahmen der ordentlichen Rentenanpassungen alle zwei Jahre ist sinnvoll.

5. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

§ 2 Abs. 1 EG ELG

Die Abstufung muss einem neuen Pflege-Einstufungs-System angepasst werden (voraussichtlich zwölfstufig). Für die heutigen BESA-Stufen 3 und 4 reicht die heutige Grenze mutmasslicherweise noch ganz knapp, für die BESA-Stufen 1 und 2 hingegen nicht mehr. Ausserdem muss die höhere Kostenbegrenzung für die Stufen 3 und 4 (bzw. den entsprechenden neuen Stufen) hier festgelegt werden, da die in der kantonalen EL (§ 7 Abs. 2 EG ELG) vorgesehene höhere Begrenzung nicht für alle Personen gilt (eingeschränkte Anspruchsberechtigung) und deshalb die Verpflichtung, Sozialhilfe-Abhängigkeit zu vermeiden, verfehlt wird.

Wie bereits unter Ziff. 4 dargelegt, soll die Regelungskompetenz über die Kostenbegrenzung der Tagestaxen für pflege- und betreuungsbedürftige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner dem Regierungsrat überbunden werden. Diesbezüglich muss § 2 EG ELG vollständig abgeändert werden. In Absatz 1 und 1^{bis} ist festzuhalten, dass der Regierungsrat die entsprechenden Kostenbegrenzungen festlegt, und woran sich der Regierungsrat bei der Festlegung zu halten hat. Einerseits ist damit der Regierungsrat gehalten, die Kostenbegrenzungen so festzulegen, dass sie mit einem von den Heimen angewandten Pflege-Einstufungs-System kompatibel sind und damit unkompliziert angewandt werden können. Umständliche Umrechnungen in ein anderes System sollen – wie bereits heute mit der Regelung vor Einführung der neuen Pflegefinanzierung – vermieden werden. Einzurechnen in die Kostenbegrenzung, welche die Leistungspflicht der EL nach oben beschränken soll, sind sodann die von einer Heimbewohnerin bzw. einem Heimbewohner selbst zu tragenden Kosten wie Pensionstaxe, Betreuungstaxe und Pflegeanteil von derzeit Fr. 21.60. Damit können sämtliche Faktoren, welche gegebenenfalls eine Sozialhilfe-Abhängigkeit bewirken können, abgedeckt werden. Schliesslich sind die von den Gemeinden zu tragenden ungedeckten Pflegekosten, die Kosten der Finanzierung und Abschreibung der Investitionen (§ 4 Abs. 3 Spitalgesetz, BGS 826.11) in die Überlegungen einzu beziehen.

Eine Anpassung der Kategorie "Aufenthalt in einem Behindertenwohnheim" ist nicht erforderlich, da die zuständige Direktion des Innern ihre Kostengutsprachen den ausbezahlten Ergänzungsleistungen anpasst. Da bei einem Ergänzungsleistungsfall die Finanzierungsquelle der

Tagestaxen gemäss Art. 10 Abs. 2 lit. a ELG und der Aufenthalte in Behindertenheimen gemäss § 26 des Entwurfs eines Gesetzes über soziale Einrichtungen (SEG) die gleiche ist, spielt es keine Rolle, ob die Kosten über die EL oder gemäss Entwurf SEG übernommen werden. Der Entwurf SEG sieht im Übrigen keine Eigenleistung der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner betreffend Pflegeleistungen vor.

Die Kategorie "übrige Fälle" ist nicht anzupassen, da die betroffenen Personen keine systematischen Pflegeleistungen erhalten und auch nicht in das Pflege-Einstufungs-System für die Betreuung und Pflege (heute BESA) eingebunden sind.

§ 2 Abs. 4 EG ELG

Da der Regierungsrat bereits in Abs. 1 die Kompetenz erhalten soll, die Kostenbegrenzungen anhand des geltenden Pflege-Einstufungs-Systems festzulegen, besteht die nötige Flexibilität, auf allfällige Änderungen des Einstufungssystems zu reagieren. Abs. 4 kann deshalb ganz gestrichen werden.

§ 6 Abs. 3 EG ELG

Da Personen mit Anspruch auf kantonale EL (Schweizerinnen und Schweizer sowie EU-/EFTA-Staatsangehörige) in der BESA-Stufe 3 oder 4 (oder einem entsprechenden anderen Pflege-Einstufungs-System) gegenüber Angehörigen von Drittstaaten keine zusätzlichen Leistungen mehr geltend machen können, kann § 6 Abs. 3 EG ELG gestrichen werden. Der gewöhnliche Aufenthalt in einem anderen Kanton bewirkt keine Zuständigkeits- oder Anspruchsänderung mehr (Art. 21 Abs. 1 ELG).

§ 7 Abs. 2 EG ELG

Da gemäss Art. 10 Abs. 2 lit. a ELG keine Sozialhilfe-Abhängigkeit begründet werden soll, darf die höhere Kostenbegrenzung für die Tagestaxen nicht auf den Ansprechendenkreis der kantonalen EL beschränkt sein. Höhere Tageskosten müssen daher bei der bundesrechtlichen EL berücksichtigt sein, weshalb auch für die höheren Leistungsstufen eine Regelung in § 2 EG ELG wie vorgesehen erfolgt. Abs. 2 kann deshalb aufgehoben werden.

6. Durch den Regierungsrat beabsichtigte Kostenbegrenzungen

Der Regierungsrat beabsichtigt, seine in § 2 EG ELG neu formulierte Kompetenz ab dem Jahr 2011 nach den folgenden Überlegungen auszugestalten. Er orientiert sich dabei an den für das Jahr 2010 genehmigten Rahmentarifen für Institutionen der Langzeitpflege (Regierungsratsbeschluss vom 22. Dezember 2009), welche Pensionstaxen, Betreuungstaxen und Pflorgetaxen definieren. Vorgesehen ist, dass künftig ein zwölfstufiges Pflege-Einstufungs-System die bisherigen BESA-Stufen ersetzt. Dies bewirkt eine feinere Abstufung der Betreuungsleistungen, hat aber zur Folge, dass ein Wechsel zwischen den Stufen viel schneller und auch öfters erfolgen wird.

Da heute noch keine Details zum neuen Pflege-Einstufungs-System bekannt und die Betreuungstaxen, welche der Heimbewohnerin bzw. dem Heimbewohner überbunden werden sollen, für 2011 noch nicht festgelegt sind, geht der Regierungsrat von den aktuellen Betreuungstaxen gemäss heutigem BESA-System aus. Er beabsichtigt, die künftigen zwölf Pflegestufen analog dem vierstufigen BESA-System zu vier Abstufungen mit je drei Pflegestufen zusammenzunehmen mit dem Ziel, im Interesse einer gut durchführbaren administrativen Abwicklung das System einfach und übersichtlich zu halten. Die nötigen individuellen Anpassungen der Ergänzungsleistungen werden sich dadurch im bisherigen Rahmen bewegen.

Die Kostenbegrenzungen sind so festzulegen, dass sie für die kommenden Jahre die mutmasslichen Eigenleistungen der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner zu decken vermögen. Eine gewisse Reserve ist daher einzuplanen. Eine künftige Kostensteigerung ist zudem soweit berücksichtigt, als die Beträge nach Art. 10 Abs. 1 lit. a Ziff. 1 ELG regelmässig angepasst werden, so dass die Kostenbegrenzung nach § 2 Abs. 1 EG ELG sich ebenfalls verschiebt. Es rechtfertigt sich allerdings, dass über Standardvarianten hinausgehende Pensionsmöglichkeiten nicht mehr durch die Ergänzungsleistungen finanziert werden, die Kostenbegrenzungen dafür also nicht mehr ausreichen müssen.

Tarife 2010 unter heutigem System

Die von der Heimbewohnerin bzw. dem Heimbewohner selbst zu tragenden Kosten in einem standardmässig ausgestatteten Einbettzimmer beziffern sich wie folgt:

<u>Kostenkategorie</u>	<u>BESA 1</u>	<u>BESA 2</u>	<u>BESA 3</u>	<u>BESA 4</u>
Pensionskosten	Fr. 130.00	Fr. 130.00	Fr. 130.00	Fr. 130.00
Betreuungskosten	Fr. 6.00	Fr. 14.00	Fr. 25.00	Fr. 38.00
Total Eigenleistungen	Fr. 136.00	Fr. 144.00	Fr. 155.00	Fr. 168.00

Die EL übernimmt im Rahmen von Art. 10 Abs. 2 lit. a ELG i.V.m. § 2 Abs. 1 EG ELG derzeit und ohne Änderungen des EG ELG auch ab Januar 2011 141 Franken. Für schweizerische Staatsangehörige sowie Angehörige der EU/EFTA mit Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt im Kanton Zug übernimmt die EL für die BESA-Stufen 3 und 4 einen Betrag von 192 Franken. Die heutigen EL-Ansätze reichen also auch für Ansprecherinnen und Ansprecher auf kantonale EL gemäss § 6 EG ELG nur für die BESA-Stufen 1, 3 und 4 aus. Für andere Staatsangehörige (z.B. Serbien, Kroatien, Bosnien, Türkei, USA etc.) reichen die Beträge der EL in den BESA-Stufen 2, 3 und 4 mit den heutigen EL-Ansätzen nicht aus, um nicht zusätzliche finanzielle Mittel (sprich: Sozialhilfe) beanspruchen zu müssen.

Künftige Situation ab 1. Januar 2011

Die von der Heimbewohnerin bzw. dem Heimbewohner selbst zu tragenden Kosten in einem Einbettzimmer Standard werden sich anhand der für 2010 bewilligten Heimtarife wie folgt beziffern:

<u>Kostenkategorie</u>	<u>BESA 1</u>	<u>BESA 2</u>	<u>BESA 3</u>	<u>BESA 4</u>
Pensionskosten	Fr. 130.00	Fr. 130.00	Fr. 130.00	Fr. 130.00
Betreuungskosten	Fr. 6.00	Fr. 14.00	Fr. 25.00	Fr. 38.00
Pflegeanteil	Fr. 21.60	Fr. 21.60	Fr. 21.60	Fr. 21.60
Total Eigenleistungen	Fr. 157.60	Fr. 165.60	Fr. 176.60	Fr. 189.60

Der tägliche Fehlbetrag nach Ausgleich durch die EL für jede BESA-Stufe würde mit heutiger Kostenbegrenzung betragen:

	<u>BESA 1</u>	<u>BESA 2</u>	<u>BESA 3</u>	<u>BESA 4</u>
Eigenleistungen	Fr. 157.60	Fr. 165.60	Fr. 176.60	Fr. 189.60
höchstmögliche Übernahme durch EL	Fr. 141.00	Fr. 141.00	Fr. 192.00	Fr. 192.00
Fehlbetrag	Fr. 16.60	Fr. 24.60	Fr. - 15.40	Fr. - 2.40

Bei Nicht-EU/EFTA-Staatsangehörigen würde der Fehlbetrag in BESA 3 und 4 Fr. 35.60 und Fr. 48.60 betragen.

Der Regierungsrat beabsichtigt, jeweils drei Stufen des zwölfteiligen Pflege-Einstufungs-Systems zusammenzunehmen. Geht man davon aus, dass jeweils die künftigen Stufen 1 bis 3 der bisherigen BESA 1, die Stufen 4 bis 6 der BESA 2, die Stufen 7 bis 9 der BESA 3 und die Stufen 10 bis 12 der BESA 4 ungefähr entsprechen, könnten die gemäss § 2 Abs. 1 EG ELG festzusetzenden Prozentsätze und die absoluten Zahlen wie folgt lauten:

Stufe 1 bis 3	320 %	Fr. 164.00
Stufe 4 bis 6	340 %	Fr. 174.00
Stufe 7 bis 9	360 %	Fr. 185.00
Stufe 10 bis 12	380 %	Fr. 195.00

Damit läge eine genügende Reserve für allfällige Heimtaxenerhöhungen vor. Nicht möglich wäre mit diesen Abstufungen, dass Zimmer über dem Normalstandard belegt werden. Durch die Festlegung in Prozenten des angerechneten allgemeinen Lebensbedarfs gemäss Art. 10 Abs. 1 lit. a Ziff. 1 ELG ist eine Anpassung an die jeweilige in der AHV anerkannte Teuerungsentwicklung gewährleistet.

Vorgesehener Regierungsratsbeschluss

Der Regierungsrat beabsichtigt, die Ausführungsbestimmung zu § 2 Abs. 1 EG ELG wie folgt zu fassen:

Anspruchsberechnung bei in Heimen oder Spitälern lebenden Personen gemäss § 2 Abs. 1 EG ELG:

¹ Bei Personen, die dauernd oder längere Zeit in einem kantonal anerkannten Heim bzw. in einem Heim mit kantonaler Betriebsbewilligung oder Spital leben, und die einem Pflege-Einstufungs-System für den Pflege- und Betreuungsbedarf unterliegen (§ 2 Abs. 1 EG ELG), entsprechen die maximal anrechenbaren jährlichen Kosten für Tagestaxen folgendem Prozentsatz des Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf bei Alleinstehenden gemäss Art. 10 Abs. 1 lit. a Ziff. 1 ELG:

- | | |
|---|--------------|
| a) bei Personen mit der Pflegestufe 10 bis 12 | 380 Prozent; |
| b) bei Personen mit der Pflegestufe 7 bis 9 | 360 Prozent; |
| c) bei Personen mit der Pflegestufe 4 bis 6 | 340 Prozent; |
| d) bei Personen mit der Pflegestufe 1 bis 3 | 320 Prozent; |

7. Vorbehalt neuer Zahlen

Bei den genannten Kostenbegrenzungen handelt es sich um provisorische Zahlen, welche anhand der für das Jahr 2010 genehmigten Heimtarife mit dem heutigen BESA-System errechnet wurden. Da die konkreten Heimtarife für das Jahr 2011 und das neue Pflege-Einstufungs-System erst kurz vor Jahresbeginn 2011 und damit erst kurz vor der Inkraftsetzung der neuen Pflegefinanzierung bekannt sein werden, muss der Regierungsrat vorläufig von den Tarifen 2010 ausgehen.

Da der Rentenindex voraussichtlich auf 1. Januar 2011 neu festgesetzt wird, wird auch der Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf gemäss Art. 10 Abs. 1 lit. a Ziff. 1 ELG neu festgesetzt. Damit werden sich auch die absoluten Frankenbeträge der obgenannten Kostenbegrenzung der Tagestaxen, welche die EL höchstens übernehmen kann, im Rahmen der festgesetzten Prozentsätze anpassen, womit eine Berücksichtigung der allgemeinen Lohn- und Preisentwicklung im Jahre 2011 gewährleistet ist.

8. Personelle und finanzielle Auswirkungen

Personelle Auswirkungen sind durch diese Neuerung nicht zu erwarten. Der Einbezug der Eigenbeiträge an die Pflege in die Berechnung der EL-Leistungen kann im Wesentlichen durch technische Anpassungen erfolgen, so dass sich der Mehraufwand nur wenig auswirken wird.

In finanzieller Hinsicht ist zu berücksichtigen, dass das System der Pflegefinanzierung grundsätzlich ändert. Da die Krankenkassen neu gemäss bundesrechtlicher Verordnung abrechnen müssen, ergibt sich für die Pflege eine grundsätzlich neue Kostenstruktur. Die Zusatzleistungen können deshalb nicht einfach addiert werden. Für die Berechnung der Mehrkosten wurde deshalb ein Vergleich zwischen den heute ausgerichteten Ergänzungsleistungen bei BESA-eingestufteten Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern und den mutmasslichen künftig zu übernehmenden Kosten angestellt. Die durchschnittliche Differenz aus den im Jahre 2010 mutmasslicherweise ausgerichteten Ergänzungsleistungen zu prognostisch unter der neuen Regelung auszurichtenden Leistungen wurde auf sämtliche EL-Bezügerinnen und -Bezüger hochgerechnet, was für das Berechnungsjahr 2010 einen Mehraufwand von 1.2 Mio. Franken ergibt. Gleichzeitig werden die kantonalen Ergänzungsleistungen infolge des Wegfalls der höheren Kostenbegrenzungen um 1.8 Mio. Franken entlastet.

Zusätzlich eingerechnet werden muss im Rahmen einer Budgetkorrektur die Tatsache, dass ab Einführung des Bundesgesetzes über die Neuordnung der Pflegefinanzierung auf den 1. Januar 2011 höhere Vermögensfreibeträge angerechnet werden müssen. Die mit 1 Mio. Franken geschätzten Mehrleistungen sind direkt bundesrechtlich begründet und bilden nicht Gegenstand dieser Vorlage.

Für das Jahr 2010 ergäbe sich somit ein Mehraufwand von 400'000 Franken, wobei dieser wegen der Inkraftsetzung des Pflegefinanzierungsgesetzes auf Januar 2011 für das Jahr 2010 nicht berücksichtigt wird. Für die Folgejahre 2011 bis 2013 wurde der Betrag entsprechend der im Finanzplan für diese Jahre berücksichtigten höheren Beträge aufgerechnet. Insgesamt ergeben sich deshalb die in der Finanztabelle genannten Beträge.

9. Ergebnisse der Vernehmlassung

10. Antrag

Wir beantragen Ihnen, auf die Vorlage Nr. einzutreten und ihr zuzustimmen.

A	Investitionsrechnung	2010	2011	2012	2013
1.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Ausgaben				
	bereits geplante Einnahmen				
2.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Ausgaben				
	effektive Einnahmen				
B	Laufende Rechnung (nur Abschreibungen auf Investitionen)				
3.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Abschreibungen				
4.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Abschreibungen				
C	Laufende Rechnung (ohne Abschreibungen auf Investitionen)				
5.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplanter Aufwand	29'750'000	31'100'000	31'900'000	33'000'000
	bereits geplanter Ertrag				
6.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektiver Aufwand	29'750'000	31'800'000	32'600'000	33'800'000
	effektiver Ertrag				

Zug,

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Peter Hegglin

Der Landschreiber: Tino Jorio

Beilage:

300/

